

RATHAUSREPORT

16. Jahrgang

5. Stadtverordnetenversammlung vom 28. Januar 2009

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 1/09

► Kita-Betreuung ► Familienkarte ► ÖPNV



Eigentlich stand dem Baubeginn für ein Pflegeheim mit betreutem Wohnen auf dem Kiewitt nach den Ausschussberatungen nichts mehr im Wege. Doch nun ist alles wieder offen. Wenn es im Bauausschuss nicht gelingt, für dieses sozial gewollte, aber stadtentwicklungstechnisch noch nicht ganz gelöste Problem bis spätestens März 2009 eine entscheidungsreife Vorlage auf den Tisch der StVV zu bringen, wird ein langwieriges B-Plan-Verfahren eingeleitet und die Grundsteinlegung damit insgesamt gefährdet. DIE LINKE wird auf eine Lösung drängen.

Polizei ermittelt gegen Besucher

Erneut ging es in der StVV um das Vorgehen der Polizei gegen Besucher derjenigen StVV, bei der demonstrierende Jugendliche sich ein Rederecht erkämpft hatten. (Rathausreport berichtete) Dabei wurde deutlich, dass die Polizei jugendliche Besucher (nicht Demonstranten) aufgesucht und zum Sachverhalt der Nötigung befragt hatte. Möglich wurde dies, da den Ermittlern die Listen, in denen sich die Besucher der StVV einzutragen haben, ausgehändigt worden war. Zwar konnte Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsitzender noch erklären, dass sie die Ermittlungen nicht in Gang gesetzt hätten, weil es sich um ein „Offizialdelikt“ gehandelt habe, das auch ohne Anzeige zu verfolgen sei. Und dass die Besucherlisten als Anhang des Protokolls öffentlich seien und demnach auch der Polizei zugänglich. Aber, warum sich jeder Besucher einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung mit Namen und Adresse in die Liste eintragen müsse, dafür hatte keiner eine Erklärung. Die Praxis, die anscheinend schon Gewohnheit ist, soll nun den Hauptausschuss beschäftigen, da

mehrere Abgeordnete datenschutzrechtliche Bedenken äußerten. Nichtsdestotrotz werde die Ermittlung nicht zu stoppen sein. Der Appell des LINKEN Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, von der Stadtverordnetenversammlung aus ein Signal in Richtung Polizei und Staatsanwaltschaft zu senden, dass man sich nicht genötigt gefühlt habe, wie Scharfenberg für seine Fraktion ausdrückte, verhallte indes ohne Echo.

Übrigens ...

... ist eine Stadtverordnetenversammlung in Potsdam auch eine Tortur: 13 Seiten Tagesordnung mit rund 150 Einzelpunkten, das Material als 7 cm hoher Aktenberg im Ordner. Das will beachtet werden – noch dazu bei einer Geschäftsordnung, die das Ende der um 13 Uhr beginnenden Versammlung um 22 Uhr vorschreibt. Da muss man stramm durch die Tagesordnung und es bedarf einer klugen Versammlungsführung.

Mit auf den Weg ...

Chaos in der Stadtverordnetenversammlung. So etwas habe ich in meiner neunzehnjährigen Praxis als Stadtverordneter noch nicht erlebt. Die umfangreiche Tagesordnung, zu der erfreulicherweise in rekordverdächtiger Zahl fast 50 Anträge aus allen Fraktionen gehören, konnte in einer zunehmend gereizten Atmosphäre nur zur reichlichen Hälfte abgearbeitet werden.

Wenn jetzt seitens der SPD auf die LINKEN gezeigt wird, kann ich nur sagen, dass gegenseitige Schuldzuweisungen fehl am Platze sind. Nach meiner Ansicht hat sich in dieser Sitzung keiner mit Ruhm bekleckert.

Deshalb sollte gemeinsam beraten werden, wie in den Sitzungen eine echte Arbeitsatmosphäre gesichert werden kann, ohne die Rechte der Stadtverordneten einzuschränken. Die Potsdamerinnen und Potsdamer erwarten von uns kein Parteiengetzänk, sondern die wirksame Vertretung ihrer Interessen und die produktive Lösung von Problemen. Dazu wollen wir gern unseren Beitrag leisten. Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL



Ein Außenstehender wird sich ob des Erlebnisses der 5. Stadtverordnetenversammlung kopfschüttelnd abgewendet haben. Zugegeben, der Vorsitzende oben im Präsidium hat es nicht leicht mit den Potsdamer Verhältnissen, in die er gewählt worden ist. Da braucht es eine straffe, kompetente Leitung der Diskussion. 100 Tage und fünf Versammlungen sind um. Sollte man einfach sagen: Das war eine Nummer zu groß?



**im Januar
von Rolf Kutzmutz**

LINKE will Wohnungsbaukonzept

Früher sang der Bauarbeiterchor: „in Potsdam wird gebaut...“

Es wird immer noch gebaut und geplant und diskutiert. Manches Entworfen ist nicht gut genug für Potsdam, manches überdimensioniert, anderes nur der Vergangenheit entlehnt.

Es gibt viel Diskussionsstoff.

Und es liegt in der Natur der Sache, dass über das „wie und wann“ und das „ob überhaupt“ vehement gestritten wird.

Der „Bauausschuss“, dessen Sitzungen nicht selten bis 22.00 Uhr dauern, befasst sich mit diversen Vorlagen, Anträgen und Stellungnahmen aus Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung.

Manches kommt wiederholt; so z.B. der Erhalt des historischen Pflasters. Dazu wird, im April ein Workshop durchgeführt, andere kommen mit ganzen Delegationen von Befürwortern oder Gegnern des geplanten Vorhabens.

Auffallend ist, dass es noch immer um einzelne Maßnahmen geht. Hier eine Bebauung in der Seestraße, die bei Nachbarn auf Widerspruch stößt, da ein Vorhaben auf dem Kiewitt dessen sozialpolitische Seite zwar gelobt, seine bauliche Dimension jedoch kritisiert wird.

Zwischen Einzel- und Gesamtinteressen bleibt abzuwägen.

Wohl fühlen in unserer Stadt sollen sich Zugezogene und „alte“ Potsdamer – unabhängig von ihrem Einkommen. Deshalb drängen wir auf ein Wohnungsbaukonzept. Im Juli soll es vorliegen – ein weiterer Grund zur intensiven Diskussion.

Der Autor ist Mitglied des Bauausschusses der StVV

Soziologische Befragung abgelehnt

Obwohl der Jugendhilfeausschuss und der Sozialausschuss den Linksfraktionsantrag bestätigt hatten, wird es keine soziologische Befragung der Potsdamer Jugend zu ihrer Situation in der Stadt geben. Man wisse, was für die Jugend zu tun sei, meinte zum Beispiel Wolfgang Cornelius (CDU), das Wort für die SPD führte der Oberbürgermeister selbst und bezeichnete eine solche Befragung gar als „Quatsch“. Auch die Erinnerung an die spontane Demonstration von Jugendlichen auf der letzten StVV reichte nicht aus, das Koalitions-Lagerdenken zu überwinden. Die Altersgruppe zwischen 15 und 30 Jahren umfasst in Potsdam etwa 33000 Einwohner.

Kein Bedarf

DIE LINKE wollte erreichen, dass die Verwaltung über die TLG Immobilien GmbH mit dem künftigen Investor auf dem Areal der Ufergaststätte an der Havelbucht Auf dem Kiewitt 39 darüber verhandelt, welche Möglichkeiten es gegebenenfalls in dem künftig zu errichtenden Gebäude für die Einrichtung eines Raumes für einen Bürgertreff in Potsdam West gäbe.

Dieses Anliegen wurde mit dem lapidaren Hinweis, dass die Bürger von Potsdam-West einen solchen Treff gar nicht haben wollen – abgelehnt.

Überführt

Einen Antrag der Koalitionsmehrheit von SPD, CDU, FDP/Familienpartei wischte Rolf Kutzmutz, DIE LINKE, kurzerhand

vom Tisch. Es hatte sich ganz gut angehört, den Oberbürgermeister zu beauftragen, dass der Betreiber der Tiefgarage der Wilhelmgalerie die Öffnungszeiten doch so ändern möge, dass die Besucher von Abendveranstaltungen im Nikolaisaal ihre Fahrzeuge dort parken können.

Kutzmutz hatte nur einmal nachgefragt beim Betreiber der Garage, bei der Facility-Management Hochtief, und die Auskunft erhalten, dass die Öffnungszeiten schon jetzt bis 1.30 Uhr und Samstag bis 3.30 Uhr bestehen. „Ab 22 Uhr ist das Tor zwar aus Sicherheitsgründen heruntergelassen, aber da gibt es einen Knopf...“

Nicht nötig

Trotz zustimmenden Voten der Fachausschüsse wurde der Antrag der Linksfraktion abgelehnt, Auf dem Kiewitt zusätzliche Anwohnerparkplätze zu schaffen.

Kostenloses Schulessen erneut abgelehnt

Der erneute Antrag, kostenloses Schulessen für sozial bedürftige Schülerinnen und Schüler in den Haushalt 2009 aufzunehmen, wurde – mit dem Verweis auf das ermäßigte Schulessen von 1 Euro als ausreichende Maßnahme – mehrheitlich abgelehnt.

Die LINKE geht aber davon aus, dass das gegenwärtige Monitoring des ermäßigten Schulessens, an dem nur sehr wenige Bedürftige teilnehmen, zu der Empfehlung kommen wird, das kostenlose Schulessen bei Bedürftigkeit einzuführen. Darauf sollte man sich in diesem Jahr einrichten.



Junge Leute wiesen auch am Mittwoch der StVV Besucher der Stadtverwaltung und der StVV darauf hin, dass zur Unterstützung des Volksbegehrens „Keine neuen Tagebaue“ nur noch bis zum 09. Februar 2009 Gelegenheit ist. Bis dahin müssen die erforderlichen Unterschriften im Bürgerservice geleistet sein.

Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Hella Drohla, DIE LINKE, wollte im Interesse der Besucher des Friedhofes wissen, wo man am Seiteneingang des Neuen Friedhofs parken kann. Es seien vom Forstamt Belzig schon Ordnungsstrafen ausgesprochen worden. Sie erhielt die Auskunft, dass lediglich die Straße in Verantwortung der Stadt stehe, das Gelände neben der Straße gehöre der Forst. Versuche, sich zu einigen, seien schwierig.



Stefan Wollenberg, DIE LINKE, fragte nach den Nutzungsrechten des ehemaligen PLUS-Supermarktes Friedrich-Wolf-Straße/Ecke Bertolt-Brecht-Straße. Dort seien an dem Gebäude diverse Sanierungsmaßnahmen erfolgt, gegenwärtig

werde sie als Lager für Pkw benutzt. Regelmäßig fänden auch Überführungs- und Probefahrten mit Oberklasse- und Sportwagen statt, was inmitten des Wohngebietes und nahegelegenen zwei Kitas für Unmut Sorge.

Er erhielt die Antwort: Im Wohngebiet sei nur ein nicht störender Gewerbebetrieb genehmigungsfähig. Das Unternehmen habe noch eine Frist bis zum 31. Januar, einen Antrag einzureichen. Ansonsten drohe ein Ordnungsverfahren.



Dr. Karin Schröter, DIE LINKE, wollte wissen, wie der Stand der Überführung des Lindenparks an den neuen Betreiber SPI sei. Zum 1. März sei die Übergabe an den

neuen Träger möglich, allerdings werde die Stadt mehr Geld geben müssen als bisher. Über den genauen Betrag könne zur Zeit noch nicht gesprochen werden.



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, hatte die Verwaltung nicht ohne Grund nach der Zuführung der insgesamt 10000 Euro Unterstützung für die Bürgerinitiativen im vorigen Jahr gefragt. Das Geld sei auf acht Bürgerinitiativen verteilt und angewiesen worden. Wann? Es sei kurz vor Weihnachten bearbeitet worden, es müsse im Januar überwiesen worden sein. In diesem Jahr soll das Geld für die Bürgerinitiativen bis Mitte des Jahres ausgegeben werden.



Zur Wiedervorlage

Finanzen I

Ob, wie von der linken Fraktion beantragt, in den Haushaltsentwurf für 2009 die Mittel für den Bau des Radweges am Neuen Garten eingestellt werden, prüft der Finanzausschuss hoffentlich mit positivem Ausgang zumal die Schösserstiftung nach zähen Verhandlungen auch zugestimmt hat.

Finanzen II

Der Bau am Stadtkanal geht weiter. Geht es nach dem Willen der LINKEN sollen dafür keine städtischen Mittel eingesetzt werden, zumal dies seit 2000 Konsens in der StVV war. Schon jetzt kostet die Bewirtschaftung

des Kanals die Stadt jährlich 14.000 Euro. Zusätzlich hat die Verwaltung für den weiteren Ausbau des Kanals, der ursprünglich nur mit Sponsormitteln erfolgen sollte, 125.000 Euro vorgesehen, die an anderer Stelle dringender gebraucht werden. Man darf gespannt sein auf das Ergebnis der weiteren Beratungen.

Finanzen III

Gemeinsam mit Stadtverordneten der Anderen hat die LINKE beantragt, die Personalkosten für die Aids-Hilfe Potsdam e.V. im Rahmen der Förderung der freien Träger und Selbsthilfegruppen entsprechend des Antrages des Vereins in den Haushalt

2009 einzustellen. Auch darüber wird in den Ausschüssen weiter beraten.

Infrastruktur

DIE LINKE will erreichen, dass notwendige Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere im Straßenbau im Ortsteil Marquardt, kurzfristig eingeleitet werden. Neben den in Bornim/Bornstedt vordringlichen Straßenbaumaßnahmen zur Verkehrsberuhigung ist vor allem auch die Zufahrtsstraße von der B 273 bis zum Ortseingang von Marquardt dringend erneuerungsbedürftig. Der Antrag wurde in den Bauausschuss und in den Ortsbeirat Marquardt überwiesen.



Angenommen

Ortsteile im Internet

Mit Stimmenmehrheit ist ein Antrag der Fraktion die LINKE auf den Weg gebracht worden, die Potsdamer Ortsteile besser in die Internetpräsenz der Stadt einzubeziehen. Sie sollen sich zu einer lebendigen Plattform der Information, des Austausches und der Diskussion der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen entwickeln.

Kita-Betreuungsschlüssel soll erhöht werden

Die Anzahl der KinderbetreuerInnen pro Kind ist in Potsdam weit unter dem Bundesdurchschnitt. In der Altersgruppe von 0 bis 3 Jahren kommen 7,8 Kinder auf eine Betreuerin, in der Altersgruppe von 3 bis 6 Jahren sind es 13 auf eine Betreuerin. Der Betreuungsschlüssel solle sich mindestens auf das Bundes-Durchschnittsniveau von 5 und 10 entwickeln, schlägt die LINKE als Forderung an die Landesregierung und den Landtag vor.

Für diesen Vorschlag erhielt die Linksfraktion die Stimmenmehrheit. Den zweiten Teil des Antrags allerdings, mit dem die Stadt in finanzielle Vorleistung bei dieser Entwicklung gehen sollte, lehnte die bürgerliche Koalitionsmehrheit ab.

Familienkarte

In den städtischen Einrichtungen sollen künftig explizite Familienangebote, die alle Familienangehörigen berücksichtigen, angeboten werden. Dieser Beschluss der StVV geht auf einen Antrag der LINKEN zurück.

Verkehrsentkrampfung

Auf Antrag der LINKEN muss der Oberbürgermeister geeignete Maßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Verbesserung der Verkehrsführung und zur Entlastung der Anlieger am Brauhausberg und in der Leipziger Straße ergreifen. Die Anlieger sind in den weiteren Entscheidungsprozess

einzubinden und die Fachausschüsse der StVV müssen einmal im Quartal über die Maßnahmen informiert werden.

Toleranz

Zum Stand der Umsetzung der aus dem Toleranzedikt abgeleiteten konkreten Maßnahmen erfolgt nun auf Antrag der Linksfraktion eine kontinuierliche jährliche Berichterstattung in der StVV.

ÖPNV-Potenziale

Auf Antrag der LINKEN wurde der Oberbürgermeister beauftragt, zusätzliche Potenziale zur verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu erschließen. Damit sollen vor allem die Staus in den Spitzenzeiten auf den B1, B2 und B 273 im Stadtgebiet reduziert werden. Zur Entlastung der stadteinwärts führenden Verkehrs auf der B 273 sollen geeignete P+R-Angebote geschaffen werden.

Heute: Fahrland

Die „Bilanz einer Ehe“ hat, wie immer im Leben, zwei Seiten. Die des Oberbürgermeisters Jann Jakobs, der vom Bürgerverein in den Kulturläden Fahrland eingeladen worden war. Und die Seite der Bürger, die mit der positiven Abrechnung, die Jakobs vorlegte, wenig anfangen konnten. Aber immerhin schaffte er zumindest die Erkenntnis darüber, dass das lange Sträuben der Gemeinde Fahrland bis zur Zwangseingemeindung letztlich verhindert hatte, dass es mit der Stadt einen Vertrag gegeben hätte, in dem auch finanzielle Zusagen für den Beitritt hätten ausgehandelt werden können. So bringt der immer wieder vorgenommene Vergleich mit Neu Fahrland recht wenig, die einen solchen Vertrag hatten. Fazit: Fahrland hat Nachholebedarf, vor allem in der Infrastruktur, wenn es sich als Teil der Landeshauptstadt fühlen soll. Von der Busverbindung bis zu Schulwegen, von der Kita bis zur Apotheke. Einzig als Siedlungsbaugelände für Investoren möchte man in Fahrland nicht mehr erhalten. Die über 50 Fahrlander erwarten mehr von ihrer Stadt.

Streitpunkt Klinikum

Die gegen die Stimmen der LINKEN und der Anderen beschlossene Neufassung des Gesellschaftervertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH sieht eine deutliche Verringerung der Mitglieder des Aufsichtsrates vor. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, vermutet, dass die politischen Mehrheitsverhältnisse verändert werden sollen. Die als Gäste anwesenden Betriebsratsmitglieder aus dem Klinikum konnten erleben, wie gerade die SPD als einstige Arbeitnehmerpartei wesentlich dafür stritt, Mitbestimmung aus dem Klinikum herauszuhalten. Und das bei einer Situation, die Lutz Boede (Die Andere) aus der letzten Belegschaftsversammlung schilderte: dass das zu geringe Pflegepersonal seine Aufgaben nicht mehr schaffe, im letzten Jahr 700 Überlastungsanzeigen beim Betriebsrat eingingen, Ärzte ihren Angehörigen rieten, lieber in ein anderes Krankenhaus zu gehen. Gegen die Stimmen der LINKEN und Der Anderen wurde die Neufassung durchgesetzt.



Herzlichen Glückwunsch, Herbert!

Wer Dr. Herbert Schlomm erlebt, glaubt ganz sicher nicht, dass er am 2. Februar 2009 seinen 75. Geburtstag feierte. Aber es stimmt: Er wurde am 2. Februar 1934 in Stettin geboren. Seit Oktober 1998 ist der studierte Philosoph Stadtverordneter, leitete im Oktober 2009 als Alterspräsident die konstituierende Stadtverordnetenversammlung und ist überhaupt so etwas wie ein Potsdamer Original. Nicht nur die Bewohner von Zentrum Ost, dort ist er zu Hause, kennen und schätzen ihn, da er für ihre Interessen mit besonderer Leidenschaft streitet. In der Fraktion DIE LINKE, der Herbert Schlomm angehört, wird er scherzhaft-freundlich der „neubaupolitische Sprecher“ genannt. Herbert Schlomm ist das wandelnde Buch der Geschichte Potsdams. Wer seine Stadtführungen und seine Vorträge zu dem Thema erleben durfte, wird das sicher unterstreichen. Sein Wissen schreibt er nieder in Gedichten und in kleinen Büchern. Seine körperliche Fitness verdankt er dem Radfahren bei Wind und Wetter und seiner Frau, die ihn trotz einiger Widerstände zur Gartenarbeit im Kleingarten bewegt. Herzlichen Glückwunsch zum 75. Geburtstag!

Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107 bzw. 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
09.; 16. und 23. Februar 2009; 02.; 09. und 16. März 2009

6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde Stadthaus, Plenarsaal, 04. März 2009, Beginn 13 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, Stadtteil Schlaatz, 08. März 2009, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 2/2009

Stadthaus, Raum 3.107, 13. bis 18. März 2009 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

13. März 2009	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
14. März 2009	09:30 Uhr	Markt-Center, Breite Straße
	10:00 Uhr	Weberplatz, Babelsberg
	10:00 Uhr	REWE-Kaufhalle, Zentrum Ost
	10:00 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL
10. Februar und 10. März 2009 von 17:00 – 18:30 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Voranmeldungen sind möglich unter:
Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119